

„Wormser Erklärung der SPD-Landtagsfraktion“

Zur Fraktionssitzung am 27. Oktober 2021 in Worms anlässlich der Landesausstellung
"Hier stehe ich. Gewissen und Protest - 1521 bis 2021"

„2021 jährt sich zum 500. Mal die Erinnerung an den Wormser Reichstag 1521. Die Landesausstellung 'Hier stehe ich. Gewissen und Protest – 1521 bis 2021' nimmt das Jubiläum der Widerrufungsverweigerung Martin Luthers auf dem Wormser Reichstag zum Anlass, vom 3. Juli bis 30. Dezember 2021 die Entwicklungsgeschichte der Gewissensfreiheit und des Protests' anhand zahlreicher Beispiele bis in unsere Gegenwart aufzuzeigen und kritisch zu hinterfragen“, informiert das Museum der Stadt Worms im Andreasstift über die Landesausstellung.

Dass das unerschrockene Wort auch heute Lebensgefahr mit sich bringen kann, führen uns auch jüngste Beispiele immer wieder vor Augen. Alle zwei Jahre verleihen die 16 Lutherstädte in Deutschland den Preis "Das unerschrockene Wort". Ausgezeichnet werden Frauen und Männer, die bereit sind "für unerschrockenes Auftreten Unbill in Kauf zu nehmen". Im Jahr 2021 wurden die drei weißrussischen Bürgerrechtlerinnen Weronika Zepkalo, Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa mit dem Preis für „das unerschrockene Wort“ ausgezeichnet.

Die Bedeutung von Glaube und Religion, die Bedeutung des freien Rechts auf Religionsausübung - auch die Freiheit, keine Religion zu haben oder die Religion zu wechseln, die Religions- und Gewissensfreiheit als verbrieftes Grundrecht im Grundgesetz und in der Landesverfassung, sind für unsere Gesellschaft und deren prägende Werte für verantwortungsvolle Politik maßgeblich und finden sich auch immer wieder in der parlamentarischen Arbeit der SPD-Landtagsfraktion, insbesondere in gesellschaftspolitisch relevanten Initiativen im Landtag. Ähnlich wie im Leitspruch der Landesausstellung geht es dabei sowohl um die Würdigung als auch um eine kritische Auseinandersetzung.

Religion und Glaube gehören zur Geschichte unseres Landes. Unsere Regionen, früher zu verschiedenen Herrschaftsgebieten gehörend und seit 1946 das Bundesland Rheinland-Pfalz, das als Nachkriegsbundesland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand, weisen hier eine besondere Tradition auf. Allein drei historische Wegmarken belegen dies beispielhaft:

- In Rheinland-Pfalz befindet sich mit dem Bistum Trier die älteste römisch-katholische Diözese in Deutschland. Wichtige Diözesen befinden sich seit jeher in Trier, Mainz und Speyer.
- Die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz gelten als eine Wiege des europäischen Judentums; die dortigen jüdischen Gemeinden bildeten im Mittelalter einen Verbund, der die Architektur, Kultur, Religion und Rechtsprechung der mittel- und osteuropäischen jüdischen Diaspora bis heute prägt.
- In der Reichsstadt Worms wurde 1521 Geschichte geschrieben: Trotz gewaltigen Drucks bekannte sich der Augustinermönch und Theologieprofessor Martin Luther zu seinen „Thesen“.

Religion und Glaube prägten in den vergangenen Jahrhunderten das gesellschaftliche Leben in Rheinland-Pfalz und haben bis dato einen großen Einfluss unter anderem auf Kultur, Kunst, Bildung, Brauchtum, Vereinsleben und etwa auch die Dialekte. Seit Jahrhunderten ist eine Mehrzahl der Menschen im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz Teil von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Mit ihren Angeboten stehen sie Menschen in allen Lebensphasen zur Seite.

Nach der NS-Schreckenszeit von 1933 bis 1945 mit der Ermordung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickelte sich das jüdische Leben in Rheinland-Pfalz wieder. Das jüdische Leben ist erneut selbstverständlicher Teil unseres Zusammenlebens geworden. Als SPD-Landtagsfraktion sind wir froh und dankbar hierfür. Der Schutz der Gemeinden und von jüdischen Einrichtungen ist uns eine besondere Verpflichtung. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekämpfen wir entschlossen alle Formen von altem und neuem Antisemitismus. Wir wollen die jüdischen Gemeinden weiter bestmöglich unterstützen und fördern die Kenntnis von jüdischem Leben in Rheinland-Pfalz.

Auch Musliminnen und Muslime sind wichtiger Teil unseres Landes, und der Islam gehört selbstverständlich zu Deutschland. Musliminnen und Muslime gestalten die rheinland-pfälzische Gesellschaft mit. Hierfür sind wir dankbar und dieses Engagement wollen wir fördern. Als SPD-Landtagsfraktion unterstützen wir die Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen. Wir fördern die gleichberechtigte Teilhabe. Erfüllen sie die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Land, etwa als Partner für einen Islamischen Religionsunterricht, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen. Wir streben einen einheitlichen Islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach mit beim Land beschäftigten Lehrkräften, Lehrplänen und unter Aufsicht der staatlichen Schulaufsicht an.

Kirchen und Religionsgemeinschaften spielen in unserem sozialen Gefüge eine bedeutsame Rolle. So hat etwa auch die kirchliche Soziallehre das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland maßgeblich geprägt. Kirchen und Religionsgemeinschaften unterstützen den Staat in seinen Aufgaben, beispielsweise als Träger von Kitas und Krankenhäusern. Aus gutem Grund heißt es in Artikel 41 der Verfassung für Rheinland-Pfalz: „Die Kirchen sind anerkannte Einrichtungen für die Wahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens.“ Wie die Sozialdemokratie stehen die Kirchen und Religionsgemeinschaften für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Mitmenschlichkeit. Daher sind für uns die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften wichtige Partner, mit denen wir im ständigen Dialog stehen und den wir in vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen fortsetzen werden. Wir würdigen dabei besonders das christliche Engagement in Caritas und Diakonie, in Bildung und Kultur sowie in der Seelsorge.

Religion verbindet Menschen, kann aber auch trennend wirken. Religion bringt eigene moralische Werte ein und kann bestehende Werte in Frage stellen. In unserer vielfältigen und bunten Gesellschaft leben Menschen verschiedener Religions- und Weltanschauungen eng nebeneinander. Für uns als SPD-Fraktion ist elementar, das Recht auf ungestörte Religionsausübung stets zu achten, zu wahren und den Dialog zu fördern. Denn zur Religionsausübungsfreiheit gehört auch die korporative Religionsfreiheit, nicht nur die individuelle.

Wir nehmen wahr, dass zuletzt viel Kritik am Umgang kirchlicher Stellen mit der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen geäußert wird. Es geht um eine Aufarbeitung und den angemessenen Umgang mit den Tätern und den Belangen der Opfer. Intensiv wird auch über die Rolle von Männern und Frauen im kirchlichen Gefüge diskutiert. SPD-Politikerinnen und Politiker, die sich innerkirchlich engagieren, bringen sich in diese innerkirchlichen Gespräche ein. Als SPD-Fraktion haben wir die Hoffnung, dass in den bestehenden Themenfeldern Fortschritte erzielt werden und dass es den Kirchen gelingt, auch in sich wandelnden Zeiten ein für die Menschen relevanter Impulsgeber zu sein.

Als SPD-Landtagsfraktion begrüßen wir das gesellschaftliche Engagement der Religionsgemeinschaften und Kirchen und schätzen ihren Beitrag für ein gutes Miteinander in unserem Bundesland. Den interreligiösen Dialog und den Dialog von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen werden wir weiter fördern und verstärken. Ebenfalls begrüßen wir das Engagement von säkularen Initiativen der Zivilgesellschaft. Die Religionsfreiheit ist fest in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung und im Grundgesetz verankert und als SPD-Landtagsfraktion schützen wir sie. Hierzu gehört auch, dass wir religiösem Extremismus ebenso

wie Gewalt und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung gemeinsam weiter entschlossen entgegentreten. Wir sehen in einer entsprechenden klaren Haltung einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und unseres Gemeinwesens.

Als SPD-Landtagsfraktion sind wir uns bewusst, dass in einer divergierenden und sich stetig weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft besondere Herausforderungen für gesellschaftliche Gruppen bestehen – für staatliche und politische Stellen, für zivilgesellschaftliche Gruppen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften und auch für Kirchen sowie Religionsgemeinschaften.

Für uns als SPD-Landtagsfraktion ist hier ein stetiger Dialog essentiell. Es soll dabei nicht im Vordergrund stehen, ob wir die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens lieber Solidarität oder christliche Nächstenliebe nennen. Es geht vielmehr darum, in einer engen und auf Vertrauen basierenden Partnerschaft Ziele, Mittel und Wege zu benennen und zu beschreiten, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten und das Abdriften von Menschen in politische, gesellschaftliche oder religiöse Extreme zu verhindern. Wer wie wir das moderne gesellschaftliche Zusammenleben verstehen und gestalten will, muss deshalb im steten Gespräch mit den Religionen und Glaubensgemeinschaften sein.